

## Kohle-Ausstieg: Beteiligt die Reviere!

CSU-Chef Markus Söder sprach sich jüngst für einen Kohleausstieg bis 2030 aus und machte sich damit eine zentrale Forderung von »Fridays for Future« zu eigen. **Axel Troost**, Senior Fellow für Wirtschaftspolitik bei der Rosa Luxemburg Stiftung, steht zwar ebenfalls hinter einem beschleunigten Ausstieg, mahnt dabei jedoch zur Vorsicht: Kohlereviere dürften die nötige Energiewende nicht als weiteren Niedergang erleben.

Geht es darum, die deutschen CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken, fällt der Blick unweigerlich auf die Kohle. Bei der Verstromung der besonders dreckigen Braunkohle ist Deutschland weltweit Spitzenreiter und hält damit einen traurigen Rekord. Allein auf sie entfielen 2016 hierzulande etwa die Hälfte der CO<sub>2</sub>-Gesamtemissionen bei der Stromerzeugung, weitere 28 Prozent stammten aus Steinkohlekraftwerken – insgesamt also fast 80 Prozent. Braunkohlekraftwerke verursachen dabei durchschnittlich etwa das Dreifache, Steinkohlekraftwerke immerhin noch das Doppelte der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Gaskraftwerken. Zugleich stellte die Kohle im vergangenen Jahr nur noch gut ein Drittel des in der Bundesrepublik erzeugten Stromes.

Angesichts des anstehenden ökologischen Umbaus besteht in der Wissenschaft ein weitgehender Konsens: Eine ambitionierte Energiewendepolitik samt Ausstieg aus der Kohle ist notwendig wie machbar und obendrein sogar ökonomisch vorteilhaft.<sup>1</sup> Was jedoch makroökonomisch richtig ist, kann aus Sicht einzelner Betroffener eine gravierende Fehlentscheidung darstellen.

Und ein Kohleausstieg trifft nicht nur die Beschäftigten in den Kraftwerken und Tagebauen sowie ihre Familien, sondern auch die indirekt von der Kohleverstromung abhängigen Betriebe und Regionen insgesamt.

Die Politik steht daher vor der Aufgabe, all diesen Menschen neue Perspektiven zu bieten.<sup>2</sup> Gute Energiepolitik muss dabei die unmittelbaren sozialen Folgen bedenken, sonst greift sie zu kurz. Und der Staat muss beweisen, dass er die Wirtschaft aktiv gestalten kann. Vor allem aber geht es darum, einen Strukturwandel von unten anzustoßen – getragen von den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen und weiteren Akteuren der jeweiligen Region.

Diese Herausforderung stellt sich besonders in der Lausitz, wo die Braunkohle im Vergleich zu den zwei anderen deutschen Braunkohlereviere den größten Stellenwert einnimmt. Der Anteil der von ihr abhängigen Beschäftigten ist hier größer als im Rheinischen und dem Mitteldeutschen

<sup>1</sup> Vgl. Peter Henricke u.a., Die Energiewende in Europa. Eine Fortschrittsvision, München 2019.

<sup>2</sup> Vgl. Axel Troost, Martina Greib u.a., Struktur- und industriepolitische Alternativen für die Lausitz, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.), Nach der Kohle – Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz, Berlin 2019.

Revier; zugleich bietet der strukturschwache Raum kaum Arbeitsplatzalternativen bei großen Unternehmen.

Hinzu kommt, dass die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung in der Lausitz nur zwischen 60 und 87 Prozent des Bundesdurchschnitts erreicht. Entsprechend niedrig sind die Löhne in der Region, der Landkreis Görlitz etwa belegt beim mittleren Bruttoentgelt bundesweit den letzten Platz. Auch deswegen schrumpfte in den vergangenen zwanzig Jahren die Bevölkerung um mehr als 18 Prozent und dürfte künftig weiter abnehmen. Bereits heute mangelt es in der Region an jungen Leuten, es fehlen Fachkräfte, zahlreiche Stellen bleiben unbesetzt.

**» Die Bedeutung der Braunkohle geht weit über die rein wirtschaftliche Dimension hinaus. «**

Schaut man allein auf die absoluten Zahlen, könnte man dennoch meinen, die Braunkohle spiele selbst in der Lausitz nur eine marginale Rolle: Wo 1989 noch 79000 Menschen in den Tagebauen und Kraftwerken arbeiteten, sind es heute gerade einmal 7000 Beschäftigte. Rechnet man Zulieferbetriebe und Dienstleister hinzu, sind bis zu 16000 Arbeitsplätze von der Braunkohle abhängig – das sind gerade einmal drei Prozent aller Erwerbstätigen in der Region. Darüber hinaus steuert die Braunkohlewirtschaft lediglich etwas über vier Prozent zur Wertschöpfung in der Lausitz bei.

Allerdings geht die Bedeutung der Braunkohle weit über die rein wirtschaftliche Dimension hinaus. Sie hat die Lebensverhältnisse der Region geprägt, im Guten – Arbeitsplätze und Einkommen – wie im Schlechten – Naturzerstörung und Umsiedlung. In der Diskussion um die Braunkohle geht es daher auch um Identitäten und Traditionen, um das Selbstverständnis der Lausitzer und um die Wert-

schätzung, die man ihnen entgegenbringt.

Schon in der DDR bildete die Braunkohle das Rückgrat der Strom- und Wärmeversorgung, die Lausitzer Braunkohlebriketts trugen den stolzen Aufdruck „Flamme des Sozialismus“. Und auch heute prägt die jetzige Braunkohlebetriebsgesellschaft LEAG als Geldgeber für Sportvereine und zivilgesellschaftliche Organisationen das kulturelle Leben vor Ort. Abgesehen davon wird Arbeit bei der LEAG nicht nur deutlich besser vergütet als die meisten anderen Stellen in der Region, die Betriebsgemeinschaft bietet zudem Mitbestimmung und bildet ein solidarisches Gefüge, das über den Arbeitsalltag hinweg zusammenschweißt.

Hinzu kommt, dass der Begriff Strukturwandel in der Lausitz wie in anderen Teilen Ostdeutschlands durch die Nachwendeerfahrungen vorwiegend negativ besetzt ist. Zwar brachten die 1990er Jahre Verbesserungen, etwa bei der technischen Ausrüstung, den Arbeitsbedingungen und der Infrastruktur. Der Strukturwandel bedeutete für die Industriebetriebe damals aber in erster Linie einen wirtschaftlichen Niedergang. Ganze Industriezweige sind vollständig abgewickelt worden, das Versprechen der „blühenden Landschaften“ wurde nicht eingelöst. Vor allem gescheiterte Leuchtturmprojekte wie die Chipfabrik in Frankfurt (Oder), die Zeppelfabrik Cargolifter oder das Millionengrab Lausitzring sind als negative Beispiele für den Strukturwandel im kollektiven Gedächtnis verankert, positive Erfahrungen hingegen kaum präsent.

Gemäß dem Abschlussbericht der Kohlekommission soll die unwiderrufliche Stilllegung der bundesdeutschen Kohlekraftwerke bis zum Jahr 2038 erfolgen. Mit dem 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens ist dieser Abschaltplan allerdings nicht vereinbar. Zudem ist angesichts gestiegener

Zertifikatskosten im europäischen Emissionshandel, der Verdrängung von Kohlestrom durch den Ausbau erneuerbarer Energien und zuletzt stark gesunkenen Weltmarktpreisen für Erdgas fraglich, ob Braunkohlekraftwerke wirklich bis weit in die 2030er Jahre rentabel betrieben werden können. Ein kürzerer, mit festen Terminen versehener und mit Fördermitteln abgefederter Kohleausstieg wäre für die Beschäftigten und die Region allemal günstiger als ein möglicherweise schon bald von der Wirklichkeit überholter Ausstiegsfahrplan.

**» Die eigentliche Herausforderung für die Lausitz besteht vor allem darin, attraktive Arbeitsplätze für die nächste Generation zu schaffen. «**

In jedem Fall dürfte ein Großteil der Beschäftigten aufgrund des hohen Durchschnittsalters in den LEAG-Betrieben aller Voraussicht nach unter Inanspruchnahme von Sonderregelungen für Bergleute und gegebenenfalls zu vereinbarenden Ergänzungsleistungen direkt in den Ruhestand wechseln können. Schwieriger stellt sich die Situation für jüngere und indirekt von der Braunkohle abhängige Beschäftigte dar, die immerhin teilweise in der bergbaulichen Nachsorge unterkommen können, die auf absehbare Zeit viele Arbeitskräfte binden wird.

Die eigentliche Herausforderung für die Lausitz besteht also vor allem darin, attraktive, gut bezahlte und tarifvertraglich abgesicherte Arbeitsplätze für die nächste Generation in anderen Bereichen zu schaffen. Dazu stehen jetzt immerhin erhebliche Finanzmittel des Bundes bereit: 40 Mrd. Euro sind in Aussicht gestellt worden, von denen 43 Prozent an die Lausitz gehen sollen. Das mag gemessen an den reinen Beschäftigungswirkungen des Kohleausstiegs immens erscheinen, doch sind diese Gelder für die Lausitz

eine notwendige Voraussetzung für einen erfolgreichen Wandel.

Wie dieser zu gestalten wäre, bleibt im Bericht der Kohlekommission aber vage. Dort werden etwa Verkehrsprojekte und die Ansiedlung von Bundesbehörden empfohlen, die in den nächsten zehn Jahren rund 5000 neue Arbeitsplätze in den Regionen schaffen sollen. Im Anhang ihres Abschlussberichts finden sich zudem 151 Seiten mit Projektlisten der Bundesländer. Diese wirken überwiegend wie überstürzt zusammengestellte Wunschzettel nach dem Motto „Was wir schon immer haben wollten“. Deren Bezug zum Strukturwandel bleibt in vielen Fällen unklar.

**» Der Strukturwandel kann nicht von außen verordnet werden. «**

Ohnehin kann dieser Strukturwandel nicht von außen verordnet werden. Damit er gelingt, müssen vielmehr Unternehmen und Bevölkerung vor Ort aktiv an der Entwicklung von Konzepten beteiligt werden.<sup>3</sup> Und bereits jetzt gibt es mit der Wirtschaftsregion Lausitz GmbH und der als freiwilliges Bündnis aus kommunalen Vertretern konzipierten „Lausitzrunde“ gesellschaftlich verankerte kommunale Akteure zur Regionalentwicklung. Daneben haben sich auch Akteure aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft organisiert, unter anderem in der „Innovationsregion Lausitz“ oder den „Lausitzer Perspektiven“. Weitere maßgebliche Akteure sind die Industrie- und Handelskammern Cottbus und Dresden, das Zentrum für Dialog und Wandel der Evangelischen Kirche, die Grüne Liga, die Gewerkschaften sowie die Vertretungen der Sorben und Wenden.

Notwendig ist darüber hinaus ein breiter gesellschaftlicher Dialog, an

<sup>3</sup> Vgl. dazu auch: Inken Behrmann, Verhindert die Heizeit! Wie wir den Kohleausstieg schaffen, in: „Blätter“, 9/2018, S. 45-52.

dem alle Lausitzer mitwirken können. Dieser aber wird derzeit durch politisch erzeugten Zeitdruck im Gesetzgebungsprozess gefährdet. Gerade zivilgesellschaftliche Akteure kritisieren den Mangel an echter Beteiligung bei der derzeitigen Gestaltung des Strukturwandels durch die Landesregierungen in Brandenburg und Sachsen und die beauftragten Institutionen.

**» Ein gelungener Strukturwandel bedarf eines Leitbilds, das die Realitäten vor Ort einbezieht. «**

Ein gelungener Strukturwandel bedarf zudem eines Leitbilds, das die Realitäten vor Ort einbezieht. Bereits etabliert ist die Idee der Lausitz als „Energieregion“, mit langjähriger Erfahrung in Energieprojekten und zukünftig mit einem stärkeren Fokus auf erneuerbare Energien, Systemdienstleistungen und Speichertechnologien. Dem könnte komplementär das Leitbild der „Lausitz als grüne Region der Seen“ an die Seite gestellt werden. Es würde die besonderen Naturräume der Region, inklusive rekultivierter Tagebaue, für den Tourismus wie auch als „weichen Standortfaktor“ weiterentwickeln und mit ökologisch ausgerichteter Land- und Forstwirtschaft verknüpfen. Zusätzlich sollten die Potentiale der Lausitz beispielsweise auf dem Feld der Automatisierung aufgegriffen werden, als Vision einer „freundlichen, weltoffenen, modernen innovativen Industrie- und Dienstleistungsregion“. Hierzu gehört der Neuaufbau von Forschungseinrichtungen und Bundesbehörden, aber auch die Kultur- und Kreativwirtschaft, die auch eine aktive Unterstützung der sorbisch-wendischen Minderheit und deren Kulturtradition erfordert.

Zur Regionalentwicklung gehört ferner die Verbesserung der Infrastruktur. Dazu zählen eine bessere Verkehrsanbindung an Ballungsräume sowie industrielle und universitäre

Zentren – an Berlin und Dresden sowie an Polen und Tschechien – wie auch eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet. Zur Infrastruktur im weiteren Sinne gehören zudem kulturelle und Freizeitangebote, Schulen und Kitas mit hoher Qualität, Sportangebote und andere investive Maßnahmen. Hier eröffnen sich Chancen für die Region: Bisher stellte es sich angesichts der schrumpfenden Bevölkerung schon als schwierig genug dar, überhaupt die bestehende kommunale Infrastruktur zu erhalten. Doch mit den angekündigten Bundesmitteln lässt sich die Attraktivität der Lausitz steigern. Auf diese Weise kann auch der demographische Wandel abgefedert werden – sei es, indem neue, gut ausgebildete Fachkräfte angezogen werden, sei es, indem man zumindest alles tut, um die in der Region ausgebildeten Fachkräfte zu halten.

Aber auch die Zivilgesellschaft muss in die Lage versetzt werden, maßgeblich auf die grundsätzliche Orientierung und den Einsatz von Fördermitteln Einfluss zu nehmen sowie selbst Zugang zu den Strukturfördermitteln zu erhalten. Wichtig wäre es dabei, zivilgesellschaftliche Akteure systematisch in die Planung einzu beziehen und finanziell zu fördern. Zudem sollten alle regionalen Akteure in die von der Wirtschaftsregion Lausitz organisierte „Zukunftswerkstatt Lausitz“ integriert werden. Auch über partizipative Formate wie Erzählsalons kann eine Strukturentwicklung von unten angestoßen werden.

Nur wenn die Mittel unter echter Beteiligung der Bevölkerung für zukunftsfähige Projekte eingesetzt werden, kann dies auch dazu motivieren, den Kohleausstieg im Revier als Chance statt als Gefahr zu begreifen. Denn die Bürgerinnen und Bürger würden ermuntert, sich aktiv bei der Mitgestaltung einer lebenswerten Lausitz zu engagieren – statt den Wandel als einen von außen auferlegten Zwang wahrzunehmen.